

PATRYK PLESKOT

DER KURIOSE TRIUMPH DES MARXISMUS?

ZUM INTERNATIONALEN KONTEXT DER ÖKONOMISCHEN KRISE IN DER VOLKSREPUBLIK POLEN ALS URSACHE DES DEMOKRATISCHEN SYSTEMWANDELS (1987–1989)

Nach der zehnjährigen Regierungszeit von Edward Gierek, in der einige wenige Jahre des Wirtschaftswachstums durch eine enorme Staatsverschuldung und zahlreiche fehlgeleitete ausländische Investitionen erkauft wurden, zeigte sich der marode Zustand der Volkswirtschaft im kommunistischen Polen sehr rasch. Bereits im Juli 1981, zur Zeit der legalen Tätigkeit der *Solidarność*-Bewegung, kam es zu ersten Hungermärschen auf den Straßen. Als General Wojciech Jaruzelski am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht über Polen verhängte und dabei verlautbarte, dass das Land am Rande des Abgrunds stehe, hatte er nicht nur dessen politische, sondern vor allem auch ökonomische Lage im Sinn. Der fortan herrschende Ausnahmezustand verschlechterte die wirtschaftlichen Perspektiven Polens nur noch mehr: In Reaktion auf die massive Unterdrückung der *Solidarność* begannen die Staaten der westlichen Welt, das Ostblockland auf spezifische Weise finanziell zu erpressen, um demokratische Veränderungen in der Politik Warschaus zu erzwingen. Dabei versprach man Polen neue Kredite und Verhandlungen über eine günstigere Schuldentilgung, falls es sich für eine Demokratisierung der Staatsgewalt und zur Wiederaufnahme von offiziellen Gesprächen mit der Opposition entschlösse.

Seit Mitte der 1980er Jahre begann das Militärregime von General Jaruzelski allmählich einzusehen, dass es ohne finanzielle Mittel aus dem Westen nicht imstande sein würde, Polen vom Weg in den ökonomischen Abgrund abzubringen. Der finanzielle Druck des Westens trug erste Früchte. Einen wichtigen Wendepunkt bildete dabei sicherlich das Referendum vom November 1987, in dem die kommunistischen Machthaber in Warschau die gesellschaftliche Zustimmung zu einschneidenden inne-

ren Reformen forderten. Diese Tendenzen offenbarten sich zum Beispiel in der amerikanischen Außenpolitik gegenüber der Volksrepublik und der *Solidarność*, denn die Niederlage Jaruzelskis in der Volksbefragung wurde im Weißen Haus anscheinend eher verwundert zur Kenntnis genommen – zumindest aus der Sicht der polnischen Botschaft. Offizielle Reaktionen der US-Regierung blieben hingegen aus. Dagegen tauchte das Gerücht auf, dass die kommunistischen Machthaber Polens die Niederlage im Referendum bewusst arrangiert hätten, um unter den westlichen Gläubigerstaaten sowie bei Weltbank und Internationalem Währungsfond eine größere Elastizität bei der Kreditvergabe zu erreichen. Zugleich wurde im westlichen Ausland auf den demokratischen Charakter der Volksbefragung hingewiesen. Deren Ergebnis habe klar gezeigt, dass man in Polen ohne die Opposition keine ernsthaften Reformen durchführen könne. Von diesem Zeitpunkt an drängten die USA noch intensiver auf die Wiederaufnahme des Dialogs mit der *Solidarność*.¹

Experten des US-Kongresses sahen darin eine Art Teufelskreis, in dem sich das Jaruzelski-Regime befand: Tiefgreifende Wirtschaftsreformen waren ohne gesellschaftliche Akzeptanz unmöglich. Diese konnte jedoch nur durch eine Demokratisierung des politischen Lebens erreicht werden – und eben darüber herrschte in Warschau immer noch Uneinigkeit. Zugleich blockierte der Mangel an echten Reformen jegliche Finanzhilfen aus dem Westen, die für deren Durchführung möglicherweise unerlässlich waren.² In Hinblick auf das „erfolglose“ Referendum in Polen erkannte die westliche Presse durchaus, dass sogar legale Gewerkschaften die Preiserhöhungen und gravierenden Versorgungsengpässe der polnischen Volkswirtschaft kritisierten.³ Darüber hinaus stießen die inneren Reformen auf den passiven Widerstand der polnischen Staatsverwaltung.⁴ Die kommu-

¹ Archiwum Ministerstwo Spraw Zagranicznych, Warschau (hiernach: AMSZ), Eingehende Depeschen – Washington, 74/p/IV, Bd. IV, Chiffreschrift Nr. 3664/IV aus Washington, S. 800 f., 3.12.1987; AMSZ, Chiffreschrift Nr. 3672/IV aus Washington, S. 803, 3.12.1987.

² Archiwum NSZZ „Solidarność“ w Gdańsku (hiernach: ASG), US Government & Policy, 353.000-353.100, Bericht von John P. Hardt und Jean F. Boone aus dem Forschungsbüro des US-Kongresses über die amerikanisch-polnischen Beziehungen, 20.11. 1987; JOHN P. HARDT / JEAN F. BOONE, Poland's Renewal and U.S. Options. A Policy Reconnaissance, Washington 1987, S. 23-28, 36.

³ Vgl. z. B. CHARLES BOBINSKI, Poles Protest over Prices, in: The Financial Times, 20. März 1987.

⁴ HARDT / BOONE, Poland's Renewal, S. 36.

nistischen Machthaber verloren also auch politisch zunehmend den Boden unter den Füßen.

Das Jahr 1987 bewerteten einige Experten des US-Kongresses rückblickend als Jahr der „Beseitigung von Hindernissen“. Damals hielt man aber im Weißen Haus noch nicht die Zeit für gekommen, die (nach der Aufhebung des Kriegsrechts angewandte) verhaltene Strategie des *step by step* tatsächlich auf innovative Weise zu beschleunigen. Diese Beschleunigung sollte erst in den Jahren 1988–1990 erfolgen. Das außenpolitische Engagement Washingtons gegenüber Warschau (*reengagement*) nahm im Laufe der Zeit konkretere Formen an. Dabei erwog die amerikanische Seite eine Neufestlegung der Tilgungsraten der polnischen Staatsverschuldung und erarbeitete konkrete Pläne zur Vergabe weiterer Kredite.

Außerdem setzten sich die USA für eine nachhaltige bilaterale Zusammenarbeit in Technologie, Landwirtschaft, Industrie, Medizin, Wissenschaft und Kultur ein. Von Warschau erwartete man im Gegenzug ernsthafte Wirtschaftsreformen und eine weitgehende politische Demokratisierung.⁵ Vor diesem Hintergrund rechneten manche Beobachter damit, dass Polen in Zukunft vor einer Wegscheide stehen werde: entweder ökonomischer Kollaps und politische Konfrontation oder erfolgreiche Wirtschaftsreformen und fortschreitender Pluralismus.⁶ Beide Optionen verzahnten sich jedoch in gewisser Weise, sodass es 1989 zwar tatsächlich zum wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes kam, zugleich aber auch der Weg für eine friedliche Pluralisierung des politischen Lebens gebahnt wurde.

Bis Herbst 1988 machte die amerikanisch-polnische Annäherung lediglich geringe Fortschritte, denn die USA stießen aufgrund fehlender grundlegender Reformen in Polen auf etliche Hindernisse. Trotz dieser Spannungen mangelte es jedoch nicht an positiven Veränderungen, die vor allem aus der „weicheren“ Haltung Warschaws erwuchsen. So nahm das kommunistische Regime unter anderem schrittweise davon Abstand, die Rundfunksendungen von *Radio Free Europe* durch Störwellen im Äther zu übertönen und beugte sich mit der Zeit auch den amerikanischen Forderungen, die terroristische Abu-Nidal-Organisation nicht

⁵ ASG, US Government & Policy, 353.000-353.100, Bericht von John P. Hardt und Jean F. Boone aus dem Forschungsbüro des US-Kongresses über die amerikanisch-polnischen Beziehungen, 20.11.1987; HARDT / BOONE, *Poland's Renewal*, S. 19-22, 35.

⁶ Ebd., S. 10 f.

länger zu unterstützen.⁷ Andererseits tauchten neue Initiativen humanitärer Hilfe auf.⁸ Am 12. Februar 1988 fand im *State Department* die (sich bereits seit 1983 hinziehende) Vereidigung von John Davis als neuem bevollmächtigten US-Botschafter in Polen statt. In seiner Antrittsrede ließ Davis die *Solidarność* völlig unerwähnt.⁹ Mit Einwilligung der kommunistischen Machthaber nahm im Februar 1988 in Polen zudem die „Stiftung zur Entwicklung der Polnischen Landwirtschaft“ ihre Tätigkeit auf. Dabei handelte es sich um eine private Non-Profit-Organisation, die von der Ford-Stiftung und der Rockefeller-Stiftung unterstützt wurde.¹⁰

Auch die direkten zwischenstaatlichen Kontakte entwickelten sich weiter. Vom 30. Januar bis 3. Februar 1988 weilte der stellvertretende amerikanische Außenminister John Whitehead zu bilateralen Gesprächen in Warschau; sein erster offizieller Besuch hatte bereits ein Jahr zuvor stattgefunden.¹¹ In Polen vermutete man, dass er sich dabei vor allem über den tatsächlichen Zustand der polnischen Volkswirtschaft und eventuelle Reformansätze informieren wollte. Außerdem gedachte Whitehead mehr über den konkreten Verlauf des Demokratisierungsprozesses zu erfahren – insbesondere im Kontext von Gewerkschaftspluralismus und Menschenrechtsproblematik. Darüber hinaus war er sicherlich bestrebt, sich ein genaues Bild über das reale Durchsetzungsvermögen der politischen Opposition zu machen. Die bei diesem Staatsbesuch gezogenen Schlussfolgerungen sollten dabei helfen, die Leitlinien der amerikanischen Polenpolitik für die nächsten Jahre zu definieren, und zwar insbesondere in der beiderseitigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit (von demokratischen Fortschritten abhängig) und den diplomatischen Kontakten (eventuelle gegenseitige Besuche der Außenminister).¹²

⁷ Abu Nidal Is Reportedly Placed under House Arrest by Libyans, in: *New York Times*, 28. November 1989.

⁸ BENNETT KOVRIG, *Of Walls and Bridges. The United States and Eastern Europe*, New York 1991, S. 150.

⁹ AMSZ, *Eingehende Depeschen – Washington*, 74/p/I – 1988, Chiffreschrift Nr. 2402/I aus Washington, S. 146, 15.2.1988.

¹⁰ KOVRIG, *Of Walls*, S. 293.

¹¹ Tydzień w tydzień: 28 lutego, in: *Tygodnik Mazowsze*, 1988, Nr. 238, S. 4; *Informator. Stosunki dyplomatyczne Polski*, hg. v. BARBARA JANICKA u. a., Bd. 1: Europa 1918–2006, Warszawa 2007, S. 182.

¹² Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej, Warschau (hiernach: AIPN), 0449/8, Bd. 4, Chiffreschrift Nr. 599 aus Washington, S. 251–254, 24.1.1988; ebd., informacja Departamentu I MSW dotycząca wizyty zastępcy sekretarza stanu Johna Whiteheada w Polsce, S. 246 ff., 29.1.1988.

Whitehead führte vertrauliche Gespräche mit Jaruzelski und Außenminister Marian Orzechowski, wobei er ein bereits zuvor geschlossenes bilaterales Abkommen über den Flugverkehr unterzeichnete. Obwohl es am Rande des Staatsbesuchs auch zu mehreren Treffen mit *Solidarność*-Vertretern kam, vermied Whitehead bewusst eine offizielle Stellungnahme zur damals aktuellen Frage der Erteilung einer Ausreisegenehmigung für Lech Wałęsa, der eine Australienreise plante.¹³ In führenden Kreisen des Weißen Hauses wurden sogar Stimmen laut, dass Whitehead in Polen eine allzu weiche politische Haltung eingenommen habe. Abgesehen davon warf man ihm vor, dass der den kommunistischen Machthabern nahegelegte Vorschlag eines „Telefonats mit Wałęsa“ am Kern des Problems – der Legalisierung der Opposition – vorbeigehe.¹⁴ Seitens des polnischen Innenministeriums wurde Whitehead indessen für die Favorisierung einer „trilateralen Besuchsstrategie in Polen“ kritisiert, die Regierung, Opposition und katholische Kirche als gleichrangige Dialogpartner betrachte. Diese Strategie hielt man für ein taktisches Grundelement der amerikanischen Diplomatie gegenüber Polen.¹⁵ Während das Besuchsklima von polnischer Seite einerseits als „generell gut“ eingeschätzt wurde, betonte man zugleich, dass Whitehead in seinen offiziellen Erklärungen keine außergewöhnlichen Zugeständnisse gemacht habe: Die USA hegten also auch weiterhin keine Vorbehalte gegenüber einem Ausbau der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen. Zugleich halte Washington im Verhältnis zu Warschau unverändert an der Strategie des *linkage* fest, also am Junktim von ökonomischen Entscheidungen und politischen Zugeständnissen der kommunistischen Machthaber.¹⁶

Nichtsdestotrotz besaß die Kontinuität der bilateralen Verhandlungen über Finanz- und Handelsfragen für die polnische Seite einen ungleich höheren Stellenwert als der zweite Staatsbesuch Whiteheads. Die politische Bühne in den USA richtete ihr Augenmerk hingegen eher auf den Präsidentschaftswahlkampf im eigenen Land und die Abrüstungsgespräche mit der Sowjetunion. Trotz wohlfeiler offizieller Erklärungen White-

¹³ AMSZ, Eingehende Depeschen – Washington, 74/p/I – 1988, Chiffreschrift Nr. 537/I aus Washington, S. 43 f., 15.1.1988; ebd., Chiffreschrift Nr. 1798/I aus Washington, S. 120, 4.2.1988; AIPN, 0449/8, Bd. 4, Chiffreschrift Nr. 2099 aus Washington, S. 180 f., 9.3.1988.

¹⁴ AIPN, 0449/8, Bd. 4, Chiffreschrift Nr. 2774 aus Washington, S. 166 f., 27.3.1988.

¹⁵ AIPN, 0449/8, Bd. 7, Ocena stanu i długofalowych perspektyw rozwoju stosunków dwustronnych PRL – USA, S. 38, 16.11.1987.

¹⁶ AIPN, 0449/8, Bd. 4, Informacja Departamentu I MSW dotycząca przebiegu wizyty zastępcy sekretarza stanu Johna Whiteheada w Polsce, S. 234 f., 6.2.1988.

heads (unter anderem der Zusage finanzieller Hilfsleistungen für Polen seitens des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und des Pariser Klubs) zeigten sich die kommunistischen Machthaber in Warschau von dessen diplomatischer Mission eher enttäuscht, was man in Washington durchaus zur Kenntnis nahm. Trotzdem ließen hochrangige Kreise im *State Department* offiziell verlautbaren, dass die amerikanisch-polnischen Gespräche auf das beiderseitige Verhältnis überaus „konstruktive“ Auswirkungen haben würden.¹⁷

Unter Bezugnahme auf diesen Besuch vom 11. bis 12. Februar 1988 schlugen hochrangige Beamte des *State Department* (Rozanne Ridgway, Robert Perito, Thomas Simons) in vertraulichen Gesprächen mit Vertretern der polnischen Botschaft in Washington eine etwaige strategische Modifizierung der US-Politik gegenüber Polen vor. Die amerikanischen Gesprächspartner gaben allerdings zu verstehen, dass es zu dieser Modifizierung erst dann kommen könne, wenn das Regime in Warschau den politischen Dialog mit der *Solidarność* aufnehme und bereit wäre, gravierende Verstimmungen in den bilateralen Beziehungen in bestimmten Punkten zu beseitigen, nicht zuletzt bezüglich des laufenden Untersuchungsverfahrens gegen Kornel Morawiecki.¹⁸ Der Fall Morawiecki hatte tatsächlich spürbare Risse im Verhältnis Polens zu den USA und anderen westlichen Staaten verursacht, denn in dieser Angelegenheit hatten seit Beginn des Jahres 1988 mehrere – für ihre Unterstützung der polnischen Opposition bekannte – amerikanische Kongressabgeordnete, u. a. Butler C. Derrick,¹⁹ Claudine Schneider (mit Vorbehalten),²⁰ Clairborne Pell,

¹⁷ ANNA MAZURKIEWICZ, *Dyplomacja Stanów Zjednoczonych wobec wyborów w Polsce w latach 1947–1989*, Warszawa 2007, S. 182; AIPN, 0449/8, Bd. 4, Chiffreschrift Nr. 1979 aus Washington, S. 188, 6.3.1988; ebd., notatka dotycząca stanowiska strony amerykańskiej przedstawionego przez Rozanne Ridgway i Thomasa Simonsa podczas rozmów w Waszyngtonie 11./12.2., S. 185 ff., 14.2.1988.

¹⁸ Privatarchiv Dr. Garret Sobczyk, in: *Polish Solidarity Documents* (1988), 18feb88.pdf, Schreiben v. Garret Sobczyk an den Kongressabgeordneten Butler C. Derrick in der Angelegenheit Kornel Morawiecki, 18.2.1988; AIPN, 0449/8, Bd. 4, Chiffreschrift Nr. 1041 aus Washington, S. 232 f., 8.2.1988.

¹⁹ Privatarchiv Dr. Garret Sobczyk, in: *Polish Solidarity Documents* (1988), 27feb88, Schreiben v. Butler C. Derrick an Zdzisław Ludwiczak, chargé d'affaires der Botschaft der VR Polen in Washington in der Angelegenheit Kornel Morawiecki, 27.2.1988; ebd., 27feb88.pdf, Schreiben v. Butler C. Derrick an Garret Sobczyk in der Angelegenheit Kornel Morawiecki, 27.2.1988.

²⁰ ASG, IV, USA, Schreiben von Claudine Schneider an Ewa Ślusarek, 13.1.1988; ebd., Schreiben von Claudine Schneider an Ewa Ślusarek, 19.2.1988.

John Chafee und Fernand St. Germain,²¹ wiederholt Protest eingelegt. Anfang April 1988 richteten 15 US-Senatoren eine offizielle Verlautbarung an den polnischen Ministerpräsidenten Zbigniew Messner, in der sie die unverzügliche Freilassung Morawieckis forderten.²²

Trotz dieser Hindernisse schienen die Verantwortlichen im *State Department* aus der Sicht des polnischen Außenministeriums inzwischen bereit zu sein, zur zweiten Etappe der Strategie des *step by step* überzugehen und die Politik des *reengagement* in die Tat umzusetzen. Während die erste strategische Etappe dazu gedacht war, „einen neutralen Gang einzulegen“, sollte die zweite „einen Gang einlegen, der es erlaubte, sich sofort von der Stelle zu bewegen“. Die Grundsätze der amerikanischen Diplomatie gegenüber Polen galten jedoch unverändert. Auch weiterhin versicherte man den Machthabern in Warschau, sich in die inneren Angelegenheiten der VR Polen nicht einmischen zu wollen, machte aber zugleich die weitere Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen, insbesondere im Bereich des Außenhandels und der Finanzen, von echten Fortschritten im Demokratisierungsprozess abhängig. Dabei erwartete Washington von Warschau nicht kleine Schritte, sondern eher „spektakuläre“ Entscheidungen, also die Legalisierung bzw. Aufnahme von offiziellen Gesprächen mit der *Solidarność*.²³

Die finanziellen Erpressungsversuche – die wirksamste Waffe des Westens im Kampf um die politische Bewegungsfreiheit der *Solidarność* (worüber sich die kommunistischen Machthaber in Warschau im Klaren waren²⁴) – dauerten also weiter an. Die Politik des Jaruzelski-Regimes gegenüber der Opposition lässt sich ohne Berücksichtigung dieser wichtigen internationalen Zusammenhänge nicht schlüssig analysieren,²⁵ zumal

²¹ ASG, IV. USA, Schreiben von Ewa Ślusarek an Claudine Schneider, 16.5.1988.

²² Ebd.

²³ AMSZ, Eingehende Depeschen – Washington, 74/p/I – 1988, Chiffreschrift Nr. 2477/I aus Washington, S. 148 f., 16.2.1988; AIPN, 0449/8, Bd. 4, Notatka dotycząca stanowiska strony amerykańskiej przedstawionego przez Rozanne Ridgway i Thomasa Simonsa podczas rozmów w Waszyngtonie 11 i 12 lutego, S. 185 ff., 14.2.1988.

²⁴ Vgl. z. B. Brutalna szczerłość M. F. Rakowskiego, in: Tygodnik Mazowsze, 1988, Nr. 246, S. 1 f.

²⁵ Im August 1989 wies Bronisław Geremek in einem Gespräch mit amerikanischen Politikern auf folgenden Zusammenhang hin: „Einer der Gründe, weshalb die Kommunisten die Macht abgegeben haben [...], war ihre Erwartung, dass die ‚Solidarność‘-Regierung westliche Hilfe erhalten würde“ (zitiert nach: Depesza ambasady USA w Warszawie do Sekretariatu Stanu dotycząca spotkania Elizabeth i Roberta Dole’ów z parlamentarzystami OKP, 29.8.1989, in: Ku zwycięstwu „Solidarności“. Korespondencja Ambasady

man sogar im *State Department* von der Effektivität dieses Drucks überzeugt zu sein schien. Laut vertraulichen Berichten des polnischen Geheimdienstes vertraten führende amerikanische Experten die Ansicht, dass man sich in Warschau allmählich damit abfinde, dass „die Bildung einer institutionalisierten Opposition zu einem dauerhaften Bestandteil der inneren gesellschaftlich-politischen Situation werden“ würde. Ein Teil der kommunistischen Parteiführung sollte dabei nach geeigneten Mechanismen für einen Dialog mit der gemäßigten Opposition suchen. Für die amerikanische Seite bildeten diese Tendenzen den Beweis für die Wirksamkeit der eigenen Strategie, politische Fragen mit ökonomischen Aspekten zu verknüpfen.²⁶

Am 25. März 1988 kam es erneut zu einer Begegnung zwischen dem polnischen Botschafter Jan Kinast und hochrangigen Beamten des *State Department*. Deren Repräsentant Thomas Simons wies dabei darauf hin, dass die USA das Problem der Achtung der Menschenrechte in der Volksrepublik Polen immer noch aufmerksam betrachteten. Simons lobte in diesem Zusammenhang insbesondere die Haltung von Staats- und Parteichef Jaruzelski aufgrund folgender inzwischen veranlasseter Maßnahmen des Regimes: 1) Freilassung prominenter *Solidarność*-Führer aus der Internierungshaft (September 1986); 2) Dialog mit der Kirche; 3) Ankündigung liberalerer Gesetzesvorschriften über Vereine und gesellschaftliche Zusammenschlüsse; 3) Einstellung der Entsendung von Störwellen zur Überhöhung westlicher Rundfunksendungen; 4) Veröffentlichung eines Interviews mit Bronisław Geremek in der legalen Zeitschrift „Konfrontacje“. Zugleich betonte Simons, dass ein Abweichen von diesem Weg eine Verschlechterung der beiderseitigen Beziehungen bedeuten und weitere Fortschritte in den Verhandlungen über finanzielle Fragen verhindern würde.

Eine solche „Erosion“ im bilateralen Verhältnis sah Simons in der Inhaftierung Kornel Morawieckis, durch die der geplante USA-Besuch von Außenminister Orzechowski an Bedeutung verliere. Außerdem kritisierte er die vom Jaruzelski-Regime angeordneten Verhaftungen wegen Wirtschaftssabotage und Wehrdienstverweigerung, hinter denen er politische Motive vermutete. Als „zweideutig“ und ungenügend bezeichnete er ferner die Rolle des im Dezember 1986 entstandenen Konsulta-

USA w Warszawie z Departamentem Stanu, styczeń–wrzesień 1989, bearbeitet von GREGORY F. DOMBER, Warszawa 2006, S. 380-384.

²⁶ AIPN, 0449/8, Bd. 4, Informacja Departamentu I MSW dotycząca aktualnej amerykańskiej taktyki politycznej wobec Polski, S. 179 f., 12.[?]3.1988.

tionsrates beim Staatsratsvorsitzenden. Darüber hinaus rief Simons dazu auf, die staatliche Zensur in Polen zunehmend einzuschränken, das Prinzip des Gewerkschaftspluralismus zu restituieren sowie demokratische Änderungen im Wahlrecht vorzunehmen und die verbotene Massengewerkschaft *Solidarność* zu legalisieren. Zugleich appellierte er an die kommunistischen Machthaber in Warschau, „Wałęsa und seine Gefolgsleute in den Prozess der nationalen Verständigung“²⁷ einzubinden.

Die vom Regime geplanten Wirtschaftsreformen erachtete Simons als zu oberflächlich und partiell. Er fügte hinzu, dass die von amerikanischer Seite vorgetragenen Forderungen lediglich den Charakter von wohlwollenden Ratschlägen und Anregungen trügen, aber keinen Druck auf die politischen Entscheidungsträger in Warschau ausüben sollten. In Wirklichkeit setzte man in Washington jedoch auf eben diesen Druck zur Umsetzung der gegenüber Polen gewählten politischen Strategie. In Reaktion auf Simons' deutliche Kritik brachte Kinast seine „tiefe Enttäuschung“ über die bisherige Entwicklung der amerikanisch-polnischen Beziehungen zum Ausdruck, verharnte dabei jedoch in einer dezidiert passiven Haltung.²⁸ Die polnische Diplomatie dämpfte im Frühjahr 1988 ihre eher harsche Rhetorik in den Kontakten mit dem *State Department* immer mehr.

Mitte April 1988 sondierte Kinast die Möglichkeiten eines Staatsbesuchs von Ronald Reagan in Polen. Daraufhin gab Whitehead eindeutig zu verstehen, dass Washington ohne bedeutende demokratische Veränderungen in Polen nicht von der Strategie des *step by step* abrücken könne. Daher komme ein Besuch Reagans in Warschau bis auf weiteres nicht in Betracht.²⁹ Die Äußerungen Simons' und Whiteheads spiegeln deutlich wider, wie sehr die westliche Diplomatie damals auf die *Solidarność* als entscheidende Trumpfkarte in den Beziehungen zu Polen

²⁷ Zitiert aus: AMSZ, Eingehende Depeschen – Washington, 74/p/I – 1988, Chiffreschrift Nr. 5129/I aus Washington, S. 305-308, 29.3.1988; vgl. ebd., Chiffreschrift Nr. 5128/I aus Washington, S. 309-312, 29.3.1988. Kurze Zeit darauf richtete eine Gruppe von amerikanischen Kongressabgeordneten einen offiziellen Brief an General Jaruzelski, in dem die unverzügliche Freilassung Morawieckis gefordert wurde; AMSZ, Eingehende Depeschen – Washington, 74/p/II – 1988, Chiffreschrift Nr. 4309/II aus Washington, S. 609 f., 10.6.1988.

²⁸ AIPN, 0449/8, Bd. 4, informacja Departamentu I MSW dotycząca komentarzy zastępcy asystenta sekretarza stanu USA Thomasa Simonsa po spotkaniu z ambasadorem PRL Janem Kinastem, S. 149 ff., 20.4.1988.

²⁹ AMSZ, Eingehende Depeschen – Washington, 74/p/II – 1988, Chiffreschrift Nr. 805/II aus Washington, S. 370 f., 15.4.1988.

setzte. Dabei wurden die von amerikanischer Seite formulierten Postulate immer unverblümter, während die Gegenreaktionen in Warschau eine zunehmende politische „Fügsamkeit“ offenbarten.

Diese „Fügsamkeit“ resultierte vor allem aus dem dringenden Bedarf an amerikanischen Krediten. Aus einem Bericht der I. Abteilung des polnischen Innenministeriums geht klar hervor, wie aussichtslos die Lage aus Sicht des Regimes inzwischen erschien. Denn obgleich man sich in Warschau längst keine Illusionen über die antikomunistische und antisowjetische Propaganda der amerikanischen Außenpolitik mehr machte, sah man sich dennoch zur beiderseitigen Zusammenarbeit gezwungen: „Objektive politische Wirkzusammenhänge und grundlegende Interessen Polens haben zur Folge, dass die weitere Entwicklung der Beziehungen zu den USA in der gegenwärtigen Situation notwendig wird.“³⁰ Aus eben diesen Motiven reiste der stellvertretende Ministerpräsident Zdzisław Sadowski Anfang Mai 1988 in „wirtschaftlicher Mission“ nach Washington. Abgesehen von Gesprächen mit amerikanischen Politikern wie Whitehead und Bankleuten suchte er dabei auch den Kontakt mit Vertretern von IWF und Weltbank.³¹ Die amerikanische Seite hielt jedoch ihre starre Haltung gegenüber den polnischen Kreditwünschen aufrecht.³²

Die in Polen Ende April 1988 ausbrechenden Streikaktionen und deren brutale Niederschlagung durch Bürgermiliz und die *Zmotoryzowane Odwoły Milicji Obywatelskiej* (ZOMO – Motorisierte Reserven der Bürgermiliz) zeigten, dass beide Seiten für gegenseitige Zugeständnisse immer noch nicht bereit waren: Die Amerikaner machten die Gewährung von Krediten weiterhin von der Aufnahme des Dialogs mit der *Solidarność* abhängig, das Jaruzelski-Regime lehnte diesen Dialog unbeirrt ab. Die bilaterale Pattsituation bewirkte eine weitere Vertiefung der inneren Krise in Polen, worüber man sich in Washington voll bewusst war. Im *State Department* entschloss man sich daraufhin zu kühler Zurückhaltung in den politischen Kontakten,³³ rückte aber von der Strategie der Bereitschaft, sich in Bezug auf Polen „unverzüglich von der Stelle bewegen“ zu können, nicht ab. Nichtsdestotrotz nahm das Tempo der Umsetzung dieser Strategie erheblich ab, denn das Verhältnis der kommunistischen

³⁰ AIPN, 0449/8, Bd. 4, informacja Departamentu I MSW dotycząca stanu i perspektyw stosunków polsko-amerykańskich, S. 173, 29.3.1988.

³¹ Ebd.

³² AIPN, 0449/8, Bd. 17, Chiffreschrift Nr. 3854 aus Bern, S. 144 f., 29.4.1988.

³³ AIPN, 0449/8, Bd. 4, Chiffreschrift Nr. 4775 aus Washington, S. 125 ff., 20.5.1988; ebd., Chiffreschrift Nr. 4679 aus Washington, S. 130 f., 18.5.1988.

Machthaber zur Opposition beeinflusste das Klima der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit mit dem Westen nach wie vor spürbar.

Infolge der Streikaktionen in Polen verlegte man den für Juli 1988 geplanten USA-Besuch von Außenminister Orzechowski auf unbestimmte Zeit. Am 26. Mai 1988 setzte Außenstaatssekretär Whitehead Botschafter Kinast über diese Entscheidung offiziell in Kenntnis. Bei dieser Gelegenheit bestätigte er nochmals die stagnierende Entwicklung der bilateralen Beziehungen und kritisierte die Verletzung der Menschenrechte während der Streikaktionen. Außerdem wies er auf die schwerwiegenden Folgen der vom Jaruzelski-Regime beschlossenen Lohnerhöhungen hin, die seiner Ansicht nach die Grundlagen der in Gang gesetzten inneren Reformen zerstörten. Diese Revidierung der politischen und ökonomischen Reformansätze bedeutete für Polen im Gegenzug, dass auch die Unterstützung durch US-Kredite unwahrscheinlicher wurde.³⁴

Trotzdem war die polnische Diplomatie weiterhin bemüht, gegenüber dem *State Department* größtmögliche Kompromissbereitschaft zu demonstrieren. Diese Tendenz zeigte sich etwa bei der Begegnung von Kinast mit Außenminister George Shultz am 27. Juni 1988. Kinast lehnte bei diesem Gespräch – ebenso wie Sadowski – eine erneute Legalisierung der *Solidarność* zwar grundsätzlich ab, machte für diese Ablehnung aber ausschließlich ökonomische Motive geltend:

„In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation wäre es nicht gerechtfertigt, über eine erneute Legalisierung der ‚S‘ [*Solidarność*] auch nur zu diskutieren. Eine solche Maßnahme würde einer Eskalation unannehmbarer Lohnforderungen Tür und Tor öffnen.“

Dennoch war allein schon die Thematisierung dieser Frage recht bemerkenswert. Im weiteren Gesprächsverlauf relativierte Kinast seine ablehnende Haltung wie folgt:

„Das heißt nicht, dass wir das Demokratisierungsprogramm vergessen. Ganz im Gegenteil: Es wird konsequent realisiert und schafft die Möglichkeit, alle – einschließlich der ehemaligen ‚S‘-Führer – einzubinden.“

Gegen Ende des Gesprächs bekräftigte Kinast nochmals den „guten Willen“ der kommunistischen Machthaber in Warschau: „Wir sind völlig darauf eingestellt, andere Auffassungen zuzulassen.“³⁵ Noch wenige Mona-

³⁴ AMSZ, Eingehende Depeschen – Washington, 74/p/II – 1988, Chiffreschrift Nr. 3494/II aus Washington, S. 556-561, 27.5.1988.

³⁵ AMSZ, Eingehende Depeschen – Washington, 74/p/III – 1988, Chiffreschrift Nr. 5208/II aus Washington, S. 647 ff., 28.6.1988.

te zuvor wären derartige Zugeständnisse polnischer Diplomaten gegenüber der amerikanischen Seite unmöglich gewesen.

Angesichts dieser politischen Aufbruchsstimmung begab sich Orzechowski vom 28. bis 30. Juli 1988 nach Washington. Dabei handelte es sich um den ersten offiziellen Besuch eines polnischen Außenministers im *State Department*, was von der zunehmenden Normalisierung der Beziehungen beider Regierungen zeugte.³⁶ Die Gespräche auf ministerialer Ebene (zu einem Treffen Orzechowskis mit Präsident Reagan kam es nicht) führten jedoch zu keinem größeren Durchbruch, denn die amerikanische Seite schätzte den Besuch zwar als „positiv“ ein und erklärte ihren Willen, auch „größere Schritte“ zu unternehmen – allerdings erst bei „sichtbareren“ Effekten der wirtschaftlichen Veränderungen sowie nach der Realisierung des Gewerkschaftspluralismus. Vor diesem Hintergrund forderten die USA eine enge Einbindung der *Solidarność* in den „politischen Prozess in Polen“ sowie „irgendeine Form der Anerkennung Wałęsas“.³⁷ Orzechowski „polemisierte“ gegen diese Haltung.³⁸

Kurze Zeit später zeigte eine amerikanische Initiative erneut das „erpresserische“ Element der politischen Strategie des Westens gegenüber der Volksrepublik: Anfang August 1988 brachte US-Senator Carl Levin ein Gesetzesprojekt zur Gründung der Regierungsgesellschaft OPIC (*Overseas Private Investment Corporation*) in den Kongress ein. Das Projekt sah vor, dass im Ausland investierende amerikanische Firmen – beispielsweise mit Eigentümern polnischer Herkunft – sich nur dann um finanzielle Zuschüsse seitens der US-Regierung bewerben konnten, wenn sie das internationale Recht auf eine freie Vielfalt von Gewerkschaften (auch in Bezug auf die *Solidarność*) achteten. Außerdem durften diese Unternehmen keine gemeinsamen Geschäfte mit staatlichen Subjekten betreiben. Nach Einschätzung des polnischen Geheimdienstes SB hatte Senator Levin dieses Gesetzesprojekt vor der Einbringung in den Kongress mit Jerzy Milewski und indirekt auch mit Lech Wałęsa besprochen. In Führungskreisen des Jaruzelski-Regimes herrschte die Ansicht, dass Levin bewusst amerikanische Auslandsinvestitionen im privaten Sektor favorisierte, um so eine legale finanzielle Basis zur Unterstützung der polnischen Opposition zu

³⁶ AMSZ, Eingehende Depeschen – Washington, 74/p/III – 1988, Chiffreschrift Nr. 839/III aus Washington, S. 725 ff., 15.7.1988.

³⁷ AIPN, 0449/8, Bd. 4, Chiffreschrift Nr. 7267 aus Washington, S. 63, 3.8.1988.

³⁸ KOVRIG, Of Walls, S. 151; AMSZ, Eingehende Depeschen – Washington, 74/p/III – 1988, Chiffreschrift Nr. 1495/III aus Washington, S. 771 f., 29.7.1988.

schaffen. An diesem Beispiel wird ersichtlich, wie sehr das *Solidarność*-Problem mit ökonomischen Aspekten verknüpft wurde.³⁹

Diese politische Taktik der westlichen Staaten spielte bei der Entscheidung der kommunistischen Machthaber Polens, in offizielle Verhandlungen mit der Opposition einzutreten, sicherlich eine wesentliche Rolle. Das Jaruzelski-Regime fällt diese Entscheidung vor dem Hintergrund weiterer gesellschaftlicher Massenproteste im August 1988. Das von den EWG- und NATO-Staaten angewandte Mittel der Erpressung in Fragen der Kreditvergabe machte Geldzuflüsse nach Polen von wohlwollenden Gesten der Staats- und Parteiführung gegenüber der Opposition abhängig und erzwang letztendlich eine zunehmende Liberalisierung des politischen Systems. Wie stark der Einfluss des finanziellen Drucks tatsächlich gewesen sein muss, veranschaulicht die in einer Meldung des polnischen Innenministeriums zitierte, im September 1988 vertretene Auffassung der außenpolitischen Berater von Präsident Reagan. Demnach war die erneute Legalisierung der *Solidarność* lediglich eine Frage der Zeit, da die „polnische Regierung in der gegenwärtigen ökonomischen Situation des Landes gezwungen sein wird, die vom Westen angebotenen Bedingungen der Kreditvergabe an die Wirtschaft der Volksrepublik Polen zu akzeptieren“.⁴⁰

Vor diesem Hintergrund versuchte die amerikanische Außenpolitik, ihre strategischen Zielsetzungen an den im Jahre 1989 zu beobachtenden politischen Wandel in Polen anzupassen. Dabei vertrat Washington gewisse konzeptionelle Schwerpunkte, die sowohl der an Macht verlierenden kommunistischen Staatsführung als auch der auf dem Wege der Legalisierung befindlichen Opposition gerecht werden sollten. In seinen Erinnerungen bezeichnete George Bush die Politik als „verantwortungsbewussten Katalysator“⁴¹ demokratischer Veränderungen, wirtschaftlicher Reformen und der formalen Anerkennung der Opposition. Dieser „Katalysator“ sollte zugleich von politischem Verantwortungsbewusstsein zeugen und durfte daher nicht auf bilaterale Konfrontation abzielen. Nach Ansicht des amerikanischen Zeithistorikers Gregory F. Domber verfolgte die Regierung Bush diese „katalysierende“ Politik allerdings nur in den An-

³⁹ AIPN, 0449/8, Bd. 4, Informacja Departamentu I MSW dotycząca polityki USA wobec Polski, S. 56 f., 17.8.1988.

⁴⁰ AIPN, 1585/3900, meldunek Departamentu I MSW dotyczący spotkania Janusza Onyszkiewicza z Ronaldem Reaganem, S. 14, September 1988.

⁴¹ GEORGE BUSH / BRENT SCOWCROFT, *A World Transformed*, New York 1998, S. 117.

fangsmonaten des Jahres 1989, wobei Washington starken Druck auf Warschau ausübte, um das Regime zu einem stärkeren Dialog mit der Opposition zu bewegen.⁴²

Der Handlungsstil der amerikanischen Diplomatie in den ersten sechs Monaten der Regierung Bush wird in der Forschung sogar als zurückhaltend und passiv eingeschätzt.⁴³ Laut Domber waren zu Beginn des Jahres 1989 tatsächlich keine deutlichen Veränderungen in der amerikanischen Polenpolitik erkennbar. Die auffallende diplomatische Zurückhaltung resultierte nach Ansicht Dombers aus der Tatsache, dass die tiefgreifenden demokratischen Veränderungen in Polen ohnehin nach den Vorstellungen der politischen Entscheidungsträger im Weißen Haus verliefen. Die seit vielen Jahren formulierten Ziele der amerikanischen Osteuropapolitik wurden also in einem Maße Wirklichkeit, die die kühnsten Träume übertraf. Daher wollte man in Washington auf die revolutionären Ereignisse in Polen von außen keinen Einfluss nehmen, denn eine derartige Einmischung hätte vielleicht unerwünschte Folgen gehabt.⁴⁴

Andererseits setzte Präsident Bush nach Ansicht des polnischen Politologen Paweł Kowal weitaus mehr als sein Vorgänger Reagan auf die Unterstützung der Perestrojka als Instrument der Förderung demokratischer Tendenzen im Ostblock. Daher erachtete Bush die Stabilisierung des Gorbatschow-Regimes als vorrangige Aufgabe seiner Ostpolitik.⁴⁵ Diese Prioritätensetzung hatte sicherlich auch negative Auswirkungen auf die politischen Bestrebungen mancher *Solidarność*-Kreise. Zugleich herrschte in Washington jedoch weitgehende Unsicherheit über das weitere Schicksal des „polnischen Experiments“. Aus diesen Gründen entschlossen sich die Entscheidungsträger im Weißen Haus letztlich nicht für konkrete Finanzhilfen zur Verbesserung der ökonomischen Lage in Polen.

Nach Ansicht des damaligen Außenministers James Baker (1989–1992) konzentrierten sich die USA in der stürmischen Umbruchszeit des Völkerfrühlings auf die heikle Aufgabe, bei der „Konsolidierung und Fortsetzung“ der in Polen und Ungarn am weitesten fortgeschrittenen inneren

⁴² GREGORY F. DOMBER, *Solidarity's Coming Victory. Big or Too Big. Poland's Revolution as Seen from the U.S. Embassy*, www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB42 (12.10.2013); vgl. auch AIPN, 0449/8, Bd. 10, Informacja Departamentu I MSW dotycząca stanowiska nowej administracji USA wobec Polski, S. 48 ff., 29.3.1989.

⁴³ Vgl. z. B. ROBERT L. HUTCHINGS, *American Diplomacy and the End of the Cold War*, Washington 1997.

⁴⁴ DOMBER, *Solidarity's Coming Victory*.

⁴⁵ PAWEŁ KOWAL, *Koniec systemu władzy. Polityka ekipy gen. Wojciecha Jaruzelskiego w latach 1986–1989*, Warszawa 2012, S. 313.

Reformen der Ostblockländer subtile Hilfe zu leisten. Während die amerikanische Außenpolitik diese Reformvorhaben also behutsam unterstützte, wollte man im *State Department* zugleich jegliche Provokationen vermeiden, die leicht zu Vergeltungsmaßnahmen einzelner Staaten hätten führen können.⁴⁶ Diese im Einzelfall unterschiedlich akzentuierte Strategie wurde nach der Epochenwende von 1989 zur Leitdoktrin der gesamten westlichen Diplomatie gegenüber den Staaten Osteuropas.

In Reaktion auf die Anfang Februar 1989 feierlich eröffneten Gespräche am Runden Tisch bestätigte Präsident Bush offiziell, dass die USA dabei seien, ein finanzielles Hilfsprogramm für Polen auszuarbeiten. Diese Erklärung bedeutete eine radikale Kehrtwende der früheren amerikanischen Sanktionspolitik, wobei das Weiße Haus die weitere Entwicklung jedoch abwartete. Am 17. April 1989 – am Tag der erneuten Legalisierung der *Solidarność* und kurz nach der Unterzeichnung der Vereinbarungen am Runden Tisch – hielt Bush im überwiegend von Bürgern polnischer Abstammung bewohnten Detroiter Stadtteil Hamtramck eine Rede: „Wir teilen die Aspirationen und die innere Erregtheit der Polen“. In pathetischem Tonfall stellte der amerikanische Präsident weiter fest, dass die

„Ära des Totalitarismus zu Ende geht und dessen Ideen verschwinden, wie die Blätter eines alten, kahlen Baumes [...]. Falls das polnische Experiment gelingt, schließen sich vielleicht weitere Länder diesem Beispiel an.“

Darüber hinaus bezeichnete er die Vereinbarungen am Runden Tisch als historischen Umbruch und große Chance. Der dabei erzielte Kompromiss zeuge vom „unbeugsamen Geist des polnischen Volkes sowie der Kraft und Klugheit Wałęsas, aber auch vom Realismus General Jaruzelskis und der geistigen Führung der Kirche“ in Polen. Darüber hinaus wies der amerikanische Präsident darauf hin, dass die „demokratischen Kräfte in Polen den Westen um moralische, politische und wirtschaftliche Unterstützung baten“, worauf der „Westen nun antworten wird“.⁴⁷

Im weiteren Verlauf der Rede präsentierte Bush die programmatischen Grundzüge der neuen amerikanischen Polenpolitik, die in der interna-

⁴⁶ JAMES A. BAKER, *The Politics of Diplomacy. Revolution, War and Peace, 1989–1992*, New York 1995, S. 64.

⁴⁷ Zitiert nach: George Bush Library, Public Papers (hiernach: GBL PP), Ansprache von George Bush an die Einwohner von Hamtramck, 17.4.1989; vgl. Excerpts from Speech by Bush on Polish Aid, in: *The New York Times*, 18. April 1989; BERNARD WEINRAUB, Bush Unveils Aid Plan for Poland Linked to Recent Liberalization, in: *The New York Times*, 18. April 1989; Informator. Stosunki dyplomatyczne Polski, hg. v. BARBARA JANICKA u. a., Bd. 1: Europa 1918–2006, Warszawa 2007, S. 182.

tionalen Öffentlichkeit rasch unter der Bezeichnung „Polen-Paket“ bekannt wurden. Der Präsident sagte dem Ostblockland dabei erneut wirtschaftliche Hilfen zu, allerdings ohne konkrete Versprechen. Ferner kündigte er die Einführung von Handels- und Zollpräferenzen an, versprach Investitionserleichterungen und Unterstützung für Polens Verhandlungen mit IWF und Pariser Klub. Abgesehen davon plädierte Bush für eine erweiterte bilaterale Zusammenarbeit in Wissenschaft und Kultur – allerdings nur bei einer strikten Fortsetzung der demokratischen Reformen. Denn „ungesunde Kredite“⁴⁸ wollte Washington dem von zunehmendem Machtverfall betroffenen Jaruzelski-Regime nicht gewähren.

Etliche Jahre später räumte Bush rückblickend ein, dass die von den USA im Frühjahr 1989 geleisteten offiziellen Versprechungen von keinen konkreten Zusagen gedeckt waren und sich insgesamt recht bescheiden ausnahmen, da sie dem riesigen Ausmaß der ökonomischen Probleme des Landes in keiner Weise entsprachen. Bush räumte sogar ein, dass diese Probleme die amerikanische Seite regelrecht „in Verlegenheit brachten“.⁴⁹ Umso mehr zeigte sich die kommunistische Staatsführung von der Haltung Washingtons unbefriedigt. Laut dem damaligen Ministerpräsidenten Mieczysław Rakowski waren Bushs Vorschläge nicht geeignet, „den Teufelskreis der polnischen Verschuldung zu unterbrechen“.⁵⁰ Das „Polen-Paket“ unterschied sich in der Tat nur geringfügig von den bisherigen Initiativen der US-Außenpolitik. In Warschau erwartete man stattdessen konkrete Vereinbarungen und rechnete vor allem mit einem Staatsbesuch Bushs.

Zu diesem Besuch kam es erst im Juli 1989 – unmittelbar nach den für die kommunistischen Machthaber schockierenden Ergebnissen der Parlamentswahlen im Juni und auf dem Höhepunkt der politischen Krise im Lande. Die tiefgreifenden politischen Veränderungen in Polen trugen zu einer deutlichen Umorientierung der US-Außenpolitik bei. Die Phase der finanziellen Erpressung gelangte an ihr Ende. Zugleich zeigte sich die amerikanische Seite von der rasanten innenpolitischen Entwicklung zunehmend beunruhigt. Die demokratischen Veränderungen weckten bei

⁴⁸ Zitiert nach: GBL PP, Ansprache von George Bush an die Einwohner von Hamtramck, 17.4.1989; vgl. Excerpts From Speech by Bush on Polish Aid, in: *The New York Times*, 18. April 1989; WEINRAUB, Bush Unveils Aid Plan; KOVRIG, *Of Walls*, S. 152; BUSH / SCOWCROFT, *Świat przekształcony*, Warszawa 2000, S. 62 ff.

⁴⁹ BUSH / SCOWCROFT, *A World Transformed*, S. 63; vgl. MAZURKIEWICZ, *Dyplomacja*, S. 215 f.

⁵⁰ MIECZYŚLAW F. RAKOWSKI, *Dzienniki polityczne 1987–1990*, Warszawa 2005, S. 420.

den Entscheidungsträgern in Washington keine Freude, sondern eher Furcht und Konsternation, denn man befürchtete, dass der mühsam erreichte Kompromiss zwischen Regime und Opposition am Runden Tisch durch den unerwartet hohen Wahlsieg der *Solidarność* im Juni 1989 zunichtegemacht würde.

Sowohl die kommunistischen Machthaber in Warschau als auch die Aktivisten der *Solidarność* erhofften sich vom für Juli 1989 geplanten Besuch des amerikanischen Präsidenten eine weitreichende finanzielle Unterstützung des eigenen Landes. Davon zeugen insbesondere die diplomatischen Aktivitäten von Botschafter Kinast im Vorfeld. Er begab sich am 18. Juni 1989 gemeinsam mit Konsul Jerzy Jaskiernia zum damaligen Leiter des Osteuropa-Büros im *State Department*, James W. Swihart, um die Chancen für eine etwaige Erweiterung und Konkretisierung des amerikanischen Investitionsprogramms auszuloten.⁵¹ Aber auch führende Oppositionsvertreter ersuchten die westliche Staatengemeinschaft um die Gewährung von Krediten.⁵²

Am Abend des 9. Juli 1989 landete Bush in Warschau-Okęcie. Auf dem Flughafen wurde er von Wojciech Jaruzelski begrüßt, der damals bewusst „nur“ das Amt des Staatsratsvorsitzenden bekleidete.⁵³ Bush versäumte bereits zu Beginn seines Besuchs nicht, ihn für seine „Klugheit und Mut“ bezüglich der am Runden Tisch getroffenen Vereinbarungen zu loben, bestätigte jedoch zugleich den Wunsch, auch mit der Opposition in Dialog zu treten.⁵⁴ Daher traf er sich zu einem inoffiziellen Gespräch mit Lech Wałęsa, den er zuhause besuchte. Darüber hinaus kam es zu Unterredungen mit Ministerpräsident Rakowski sowie den Marschällen von Sejm und Senat.⁵⁵

⁵¹ MAZURKIEWICZ, *Dyplomacja*, S. 217 ff.

⁵² Vgl. z. B. AMSZ, *Eingehende Depeschen – Washington*, 74/p/IV – 1988, Chiffreschrift Nr. 203/IV aus Washington, S. 1268 f., 4.10.1988; ebd., Chiffreschrift Nr. 3610/III aus Washington, S. 1255 ff., 7.9.1988.

⁵³ Angesichts der verheerenden Niederlage der Kommunisten in den Sejm-Wahlen vom Juni 1989 verzichtete General Jaruzelski damals bewusst auf das Staatspräsidentenamt, was bereits in den Verhandlungen am Runden Tisch inoffiziell verabredet worden war.

⁵⁴ GBL PP, Ansprache von George Bush während des Begrüßungszeremoniells in Okęcie (Flughafen Warschau), 6.7.1989.

⁵⁵ MAUREEN DOWD, *Bush Urges Poles to Pull Together*, in: *The New York Times*, 12. Juli 1989; *Excerpts From Remarks by Walesa and Bush at the Solidarity Monument*, in: Ebd.; GBL PP, *Der von George Bush beim Dinner im Radziwiłł-Palast (Warschau) ausgebrachte Toast*, 10.7.1989.

Am Nachmittag des 10. Juli 1989 hielt Bush eine Ansprache im polnischen Parlament, bei der er ausdrücklich an die Verfassung vom 3. Mai 1791 und die Gestalt des Revolutionsführers Tadeusz Kościuszko anknüpfte. Darüber hinaus unterstrich er die historische Tragweite der politischen Umwälzungen in Polen, was eine gemeinsame Fotoaufnahme mit Jaruzelski und Wałęsa auf der ersten Sejm-Sitzung nach den Juniwahlen von 1989 sinnfällig bezeugen sollte.

Der regierungsfreundliche Tonfall der Rede Bushs war unüberhörbar: Er sprach vom „Mut“ und „Realismus“ der kommunistischen Machthaber Polens und Ungarns, die nun bestrebt seien, „die Fehler der Vergangenheit mit Ehrlichkeit, Kreativität und – ja – Mut zu verbessern“. Diese Lobeshymnen begleitete die Feststellung, dass „Lech Wałęsa und die Solidarność eng mit denjenigen Institutionen verbunden sind, die der gesamten Nation dienen werden“.⁵⁶

Den aus polnischer Sicht wichtigsten Teil der Sejm-Rede bildete ein nur grob skizziertes Angebot wirtschaftlicher Unterstützung, das über die diesbezüglichen Ankündigungen von Hamtramck hinausgehen sollte. Das „Sechs-Punkte-Paket“ ließ jedoch viele Einzelfragen völlig offen:

1. Bush versprach, das Problem der Unterstützung Polens auf dem bevorstehenden G-7-Gipfel in Paris aufzugreifen, um eine „vertiefte Koordination und gemeinsame Hilfsaktionen“ in Gang zu setzen. Diese Hilfsinitiativen sollten auf das finanzielle Potential von Weltbank, Pariser Klub und IWF zurückgreifen, aber die Zusage blieb äußerst vage.
2. Bush wollte den US-Kongress (und indirekt auch andere G-7-Staaten) bitten, einen Sonderfonds zur Förderung des privaten Sektors der polnischen Volkswirtschaft einzurichten.
3. Das Weiße Haus wollte ferner die Weltbank dazu bewegen, Polen einen Kredit in Höhe von fünf Milliarden Dollar zur Entwicklung der einheimischen Industrie und Landwirtschaft einzuräumen.
4. Die amerikanische Seite versprach außerdem, im Kreise der westlichen Bündnispartner für eine für Polen günstigere Neufestlegung der Tilgungsraten staatlicher Schulden einzutreten. Im Jahre 1989 hätte der Ostblockstaat auf diese Weise sogar eine Milliarde Dollar weniger zurückzahlen müssen. Eine endgültige Entscheidung über diese Frage sollte jedoch erst auf der Pariser G-7-Konferenz im Juli 1989 fallen.
5. Der US-Kongress sollte bestimmte Gelder zur Reduzierung der Umweltverschmutzung in Polen – insbesondere in Krakau – bereitstellen.

⁵⁶ GBL PP, Ansprache von George Bush im Sejm der VR Polen, 10.7.1989.

6. Bush stellte ferner die Gründung eines amerikanischen Kultur- und Informationszentrums in Warschau und einer analogen polnischen Einrichtung in den USA in Aussicht.⁵⁷

Diese eher vagen, auf eine unbestimmte Zukunft ausgerichteten Absichtserklärungen des amerikanischen Präsidenten konnten die Sejm-Abgeordneten unabhängig von ihrer jeweiligen politischen Couleur sicherlich nicht zufriedenstellen, zumal Bush keinen neuen Marshall-Plan versprach, von dem man auf polnischer Seite vielfach geträumt hatte.

Während der feierlichen Ansprache auf der gemeinsamen Sondersitzung von Sejm und Senat saßen Wałęsa und Jaruzelski nebeneinander in der ersten Reihe. Eine Woche später wurde Jaruzelski mit nur einer Stimme Mehrheit zum neuen Staatspräsidenten Polens gewählt.⁵⁸ Laut Domber war Bushs Polenmission für diese Wahl nicht ganz bedeutungslos gewesen, denn der amerikanische Präsident habe am Morgen des 10. Juli 1989 Jaruzelski bei einem Treffen im Belweder-Palast persönlich zur Kandidatur für das höchste Staatsamt zu überreden versucht. Gerade dies sei im Übrigen das Hauptziel von Bushs Warschau-Besuch gewesen. Er hatte dem General bereits früher wiederholt in eindeutiger Form seine politische Unterstützung angeboten und dabei an Lob für dessen politische Vorgehensweise nicht gespart. Diese freundliche Anteilnahme war Jaruzelski sicherlich nicht entgangen.⁵⁹

Auch die zeitgenössische amerikanische Presse machte in ihrer Berichterstattung auf diesen Aspekt aufmerksam.⁶⁰ Die polnische Zeithistorikerin

⁵⁷ GBL PP, Ansprache von George Bush im Sejm der VR Polen, 10.7.1989; ebd., Informationsnotiz des Weißen Hauses bezüglich der Finanzhilfe für Polen und Ungarn, 10.7.1989.

⁵⁸ GABRIEL MÉRÉTIK, *Noc generała*, Warszawa 1989, S. 244, 258; MARCIN FRYBES, *Dziękujemy za solidarność = Merci pour votre solidarité!*, Warszawa 2005, S. 104; Depesza Sekretariatu Stanu do ambasady USA w Brukseli [sic], 2. September 1989, in: *Ku zwycięstwu „Solidarności“*, S. 385-391; Pilna notatka ministra spraw zagranicznych dotycząca wizyty prezydenta George’a Busha w Polsce, 19.5.1989, in: *Ku wielkiej zmianie. Korespondencja między Ambasadą PRL w Waszyngtonie a Ministerstwem Spraw Zagranicznych, styczeń – październik 1989*, hg. v. HENRYK SZLAJFER, Warszawa 2008, S. 130-136; Chiffreschrift Nr. 0-607/III aus Washington, 13.7.1989, in: *Ku wielkiej zmianie*, S. 174 ff.; Pilna notatka ministra spraw zagranicznych dotycząca wizyty prezydenta George’a Busha w Polsce, 18.7.1989, in: *Ku wielkiej zmianie*, S. 177-197; *Zachód o wizycie Busha*, in: *Gazeta Wyborcza*, 10. Juli 1989, S. 7.

⁵⁹ GYÖRGY DALOS, *Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa*, München 2009.

⁶⁰ Vgl. z. B. RAYMOND W. APPLE JR., *A Polish Journey. Bush Escapes Pitfalls in Weathering Tough Economic and Political Climate*, in: *The New York Times*, 12. Juli 1989.

Anna Mazurkiewicz betont dabei folgenden Zusammenhang: „Im Juli 1989 gestand die Führung der amerikanischen Außenpolitik öffentlich ein, dass Wojciech Jaruzelski für den friedlichen Verlauf des Transformationsprozesses in Polen unerlässlich sei, da er vor allem auf Moskau beruhigend einwirken könne.“⁶¹ Spätestens seit Juni 1989 hielt man im Weißen Haus die Aufrechterhaltung äquivalenter Kontakte zur *Solidarność* und der kommunistischen Regierung für ein höchst wichtiges Element der US-Diplomatie gegenüber Polen. Daher nahm unmittelbar nach der vertraulichen Unterredung zwischen Bush und Jaruzelski auch Bronisław Gerekme am 10. Juli 1989 am festlichen Lunch in der Warschauer US-Botschaft teil.⁶²

Angesichts derart tiefgreifender Umgestaltungen der politischen Landschaft Polens erschien die konkrete Realisierung der in Aussicht gestellten Finanzhilfe unausweichlich. Unmittelbar nach seinem Polen-Besuch reiste Bush nach Ungarn und anschließend nach Paris, um an den – wie sich rasch herausstellte – aus polnischer Sicht sehr bedeutsamen Beratungen der G-7-Staaten (14. bis 16. Juli 1989) teilzunehmen. Seit mehreren Wochen hatte der amerikanische Präsident immer wieder betont, dass an diesem Ort die Schlüsselentscheidungen für die demokratische Zukunft des östlichen Europa fallen würden.⁶³ In einer Verlautbarung vom 15. Juli 1989 erklärten die G-7-Mitgliedstaaten ihren „Wunsch nach mehr Freiheit und Demokratie im Osten. [...] Jeder von uns ist bereit, diesen Prozess zu fördern, wobei in geeigneter, koordinierter Weise zu überlegen ist, wie man die nachhaltige Öffnung und Umgestaltung der Volkswirtschaften ökonomisch unterstützen“⁶⁴ könne.

Diesmal folgten den Worten auch Taten. Zunächst entschied man sich für rasche Nahrungsmittellieferungen in die betreffenden ostmitteleuropäischen Staaten. Dabei wurde eine Sonderkommission einberufen, die sich mit diesen Problemen näher befassen sollte. Auf Anregung von Bundeskanzler Helmut Kohl wurden die Vorschläge der G-7 von der EWG-Kommission sofort übernommen. Auf der Sitzung des EWG-Au-

⁶¹ MAZURKIEWICZ, *Dyplomacja*, S. 233.

⁶² GBL PP, Beim Lunch ausgebrachte Toaste in der US-Botschaft in Warschau, 10.7.1989.

⁶³ Vgl. z. B. GBL PP, Pressekonferenz von George Bush in Washington, 6.7.1989; ebd., Äußerung von George Bush vor dem Abflug nach Polen, 9.7.1989.

⁶⁴ Zitiert nach: ASG, 331.122, Verlautbarung der G-7 über die Ost-West-Beziehungen, 15.7.1989; KOVRIG, *Of Walls*, S. 295; Chiffreschrift Nr. 0-868/III aus Washington, 19.7.1989, in: Ku wielkiej zmianie, S. 198 ff.

ßenministerrates vom 17. Juli 1989 vereinbarte man, Polen und Ungarn unverzüglich Grundnahrungsmittel zukommen zu lassen, trug jedoch die konkrete Durchführung der Hilfsaktion den einzelnen Landwirtschaftsministern auf. Darüber hinaus betonte man erneut die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung eines traditionellen politischen Grundsatzes – dass jegliche materielle Hilfsleistungen von konkreten Fortschritten des Demokratisierungsprozesses in Politik und Gesellschaft abhingen.⁶⁵

George Bush bezeichnete den G-7-Gipfel als „unübersehbaren Erfolg“ und betonte, dass „die sich nach Demokratie und Freiheit sehnenden Menschen unsere Unterstützung verdienen“.⁶⁶ In Hinblick auf die politischen Bedingungen für die Gewährung von Hilfsleistungen in den Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zwischen Polen und der westlichen Welt begann tatsächlich eine neue Ära: Am 1. August 1989 trafen die Vertreter von 24 westlichen Staaten in Brüssel zur ersten koordinierenden Sitzung zusammen, um die Verlautbarungen des G-7-Gipfels in die Tat umzusetzen. Am 26. September 1989 – bereits nach der Vereidigung der Regierung Tadeusz Mazowiecki – kam es zu einem erneuten Treffen.⁶⁷ Die politische Umbruchsstimmung in Europa zeigte sich vor allem auf dem Pariser EWG-Gipfel im November 1989, auf dem die Bildung eines Stabilitätsfonds für Polen (und Ungarn) beschlossen wurde.⁶⁸

Vor dem Hintergrund der obigen Überlegungen fällt auf, dass der sich Ende der 1980er Jahre beschleunigende wirtschaftliche Zusammenbruch der Volksrepublik Polen proportional zur fortschreitenden Demokratisierung der Staatsgewalt erfolgte. Die politische Krise erreichte daher im Jahre 1989 ihren absoluten Tiefpunkt. Führende Politiker des Westens verstanden diesen inneren Zusammenhang sehr gut, sodass man die Ab-

⁶⁵ Depesche des *State Department* an die US-Botschaft in Warschau, 25.7.1989, in: Ku zwycięstwu „Solidarności“, S. 325-329; Chiffreschrift Nr. 0-868/III aus Washington, 19.7.1989, in: Ku wielkiej zmianie, S.198 ff.; KOVRIG, S. 295; AMSZ, Eingehende Depeschen – London, 24/91, Fasz. 12, Chiffreschrift Nr. 0-992/III aus London, S. 340 f., 21.7.1989. Auf dieser Grundlage kam es am 19. September 1989 in Warschau zur Unterzeichnung eines Handelsabkommens zwischen der EWG und der VR Polen; ASG, EEC Assistance to Poland, 331.122, Operation PHARE. Beziehungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu Polen und Ungarn, 16.11.1989.

⁶⁶ GBL PP, Pressekonferenz von George Bush in Paris, 16.7.1989.

⁶⁷ ASG, EEC Assistance for Poland, 331.122, Operation PHARE. Beziehungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu Polen und Ungarn, 16.11.1989.

⁶⁸ AMSZ, Eingehende Depeschen – Paris, 24/91, Fasz. 18, Chiffreschrift Nr. 0-2421/IV aus Paris, S. 757 f., 22.11.1989. Informator. Stosunki dyplomatyczne Polski, hg. v. BARBARA JANICKA u. a., Bd. 2: Ameryka Północna i Południowa 1918–2006, Warszawa 2008, S. 162.

hängigkeit zwischen neuen Krediten und Zugeständnissen des Regimes an die Opposition umso deutlicher betonte. Auch die politischen Entscheidungsträger in Warschau unterwarfen sich nolens volens dieser Logik.

Resümierend bleibt festzustellen, dass der demokratische Systemwandel in Polen eher aus dem ökonomischen Kollaps des Landes und weniger aus der politischen Bankrotterklärung seiner Machthaber resultierte. Dieser Systemwandel käme demnach einem kuriosen Triumph des Marxismus gleich. Denn laut dieser Ideologie sind es die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus, die letztlich den politischen Umsturz erzwingen. Aber in Polen wurde paradoxerweise ein Herrschaftssystem beseitigt, das sich als kommunistisch bezeichnete.

Aus dem Polnischen von Jan Obermeier